

Geschäftszahl

BMFWF: 2026-0.605.942

BMWET: 2026-0.506.044

BMIMI: 2026-0.511.126

67/4.2

Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

Bericht über die formelle Tagung der Ministerinnen und Minister für Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie, Forschung, Raumfahrt), Brüssel, 28. und 29. Mai 2026

- Rat Wettbewerbsfähigkeit, Teil Binnenmarkt und Industrie, 28. Mai 2026

Die AT-Delegation wurde von HBM Wolfgang Hattmannsdorfer geleitet. Den Vorsitz führten Michael Damianos, CY-Minister für Energie, Handel und Industrie, sowie Costas Koumis, CY-Vizeminister für Tourismus. Seitens der EK war Exekutiv-Vizepräsident für Wohlstand und Industriestrategie Stéphane Séjourné sowie Apostolos Tzitzikostas, KM für nachhaltigen Verkehr und Tourismus, Valdis Dombrovskis, KM für Wirtschaft und Produktivität, Umsetzung und Vereinfachung, sowie Michael McGrath, KM für Demokratie, Justiz, Rechtsstaatlichkeit und Verbraucherschutz, vertreten.

Zu Beginn der Ratstagung wies der VS auf die Bedeutung des verarbeitenden Gewerbes und dessen zunehmend prekäre Lage hin. Der Industrial Accelerator Act (IAA) solle eine Trendumkehr bewirken und das verarbeitende Gewerbe der EU neu beleben. Die große Mehrheit der MS teilte die EK-Problemanalyse und begrüßte die Ziele des IAA. Einigkeit bestand, dass dessen Anwendung praktikabel sein müsse und zu keiner zusätzlichen Bürokratie führen dürfe. AT forderte, dass die EU wieder konsequent und fokussiert priorisiere. AT forderte, dass die EU wieder konsequent und fokussiert auf Wettbewerbsfähigkeit, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Stabilität der EU-Wirtschaft setzen muss. Der IAA sei zu unterstützen, der sektorale Geltungsbereich müsse aber um Schlüsseltechnologien, in denen EU-Unternehmen Weltmarktführer seien, erweitert werden. Im Bereich Clean-Tech und Umwelttechnologien sei zwar vieles vom IAA umfasst, jedoch seien Themen wie Wasserkraft oder auch e-Ladestationen nicht gänzlich enthalten. Zu Made-in-Europe meinte AT, dass die Positionen auseinander gingen und daher zwischen Beihilfenrecht und Vergaberecht differenziert werden sollte. Bei

öffentlichen Förderungen solle es einen klaren Made-in-Europe-Fokus geben. Bei der öffentlichen Beschaffung oder öffentlichen Aufträgen sollten auch Partnerländer, unter Berücksichtigung der Reziprozität, erfasst sein.

Es folgte die Annahme der Schlussfolgerungen zum Aufbau eines nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Tourismus für die Zukunft. AT betonte dabei, dass Tourismus langfristig nur dann erfolgreich sein könne, wenn wirtschaftliche Stärke und die Akzeptanz in der Bevölkerung gemeinsam gedacht würden. Gerade in stark touristisch geprägten Regionen müsse sichergestellt werden, dass auch die lokale Bevölkerung und insbesondere Personen, die im Tourismussektor arbeiten, sich touristische Attraktionen und Angebote weiterhin leisten könnten. Vor diesem Hintergrund sprach sich AT für eine rechtlich saubere Lösung für Einheimischentarife aus und forderte, den EU-Rechtsrahmen entsprechen anzupassen, damit solche Modelle unionsrechtskonform ermöglicht werden könnten. Die RSF wurden unterstützt.

In einem anschließenden Gedankenaustausch zur Bewältigung der Auswirkungen der Krise im Nahen Osten auf die Tourismusbranche der EU erklärte der VS, dass die Auswirkungen der Krise im Mittleren Osten zeigten sich vor allem in steigenden Energiepreisen, Lieferengpässen und höheren Flugpreisen. Viele MS meinten, die Auswirkungen der Krise im Mittleren Osten auf den nationalen Tourismus noch nicht merklich zu spüren, aber vor allem aufgrund der Preissteigerungen besorgt zu sein.

Am Nachmittag folgte eine Orientierungsaussprache zur Verordnung über den Rechtsrahmen für Unternehmen (28. Regime) – EU Inc. Die EK/KM McGrath führte aus, dass es sich um ein wichtiges Vorhaben handle, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken und lobte die Geschwindigkeit der Arbeiten. Der Vorschlag führe zu einer Harmonisierung europäischer Gesellschaftsrechte und sehe einfachere Regeln für die Gründung und Führung von Unternehmen und Digitalisierungsmaßnahmen vor. MS betonten, die Ziele des Vorschlags zu unterstützen und dessen Potential zu erkennen, Investitionen zu fördern und die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Es sei jedoch essenziell, ein Gleichgewicht zwischen dem Ehrgeiz des Vorschlags sowie dem schnellen Abschluss des Dossiers einerseits und der Sicherheit des Rechtsrahmen andererseits zu finden. AT betonte, das vorgeschlagene 28. Regime könne einen Schritt zur Vollendung des Binnenmarktes darstellen, indem es den Verwaltungsaufwand reduziere und grenzüberschreitende wirtschaftliche Tätigkeiten erleichtere. Der Vorschlag werfe aber eine Reihe von Fragen auf, berge das Risiko eines „Race-to-the-bottom“ und betreffe auch nicht nur das Gesellschaftsrecht, sondern auch Rechte der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, Gläubiger und Verbraucherinnen und Verbraucher.

Unter TOP AOB/Sonstiges wurden abschließend mehrere Informationspunkte behandelt: Tagung des Ministerbündnisses für energieintensive Industrien, Bekämpfung von Umgehungsrisiken zur Stärkung der strategischen Industrien Europas, Auswirkungen des EU-ETS auf energieintensive Industrien, Überarbeitung der Leitlinien für Zusammenschlüsse, Unternehmen in Schwierigkeiten nach der allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung, Mitteilung „Ein einfacheres, klareres und besser durchsetzbares EU-Regelwerk“ sowie aktuelle Gesetzgebungsvorschläge wie die Ergänzenden Schutzzertifikate, die Verordnung zur Einrichtung des Europäischen Fonds für Wettbewerbsfähigkeit, Verordnung zur Änderung der Verordnung zu kritischen Rohstoffen, die eDeclaration. Zudem wurde eine Bestandsaufnahme zur Binnenmarktstrategie erörtert, ein Non-Paper über die strategische Notwendigkeit einer Ausweitung der Unterstützung von „Ihr Europa – Beratung“ für das SOLVIT-Netz thematisiert, ein Non Paper zum Europäische Produktrechtsakt und das Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitizes präsentiert.

- Rat Wettbewerbsfähigkeit, Teil Forschung, 29. Mai 2026

AT wurde durch FBM Eva-Maria Holzleitner vertreten. Die EK wurde durch KM Ekaterina Zaharieva repräsentiert, unterstützt von GD Marc Lemaître (DG RTD). Den Vorsitz führte CY-Deputy Minister für Forschung, Innovation und digitale Politik, Nicodemos Damianou.

Die Orientierungsaussprache zum Paket Horizon Europe (HEU; Rahmenprogramm für Forschung und Innovation 2028-2034) fokussierte auf die aus VS-Sicht vier offenen Themenbereiche: (1) Strategische Prioritätensetzung (inkl. Abstimmung zwischen HEU und dem European Competitiveness Fund/ECF), (2) Europäische Partnerschaften, (3) Widening und (4) bottom-up kollaborative Forschung & Innovation (F&I). Der VS betonte, mit gegenständlicher Sitzung die Weichen für die Annahme der partiellen Allgemeinen Ausrichtung (pAA) unter CY-VS im Juni stellen zu wollen. KM Zaharieva unterstützte diese Ambition ausdrücklich und betonte die Notwendigkeit, Start-ups im Bereich der Verteidigungsforschung zu fördern. Bedenken äußerte sie hinsichtlich der derzeit vorgesehenen Governance-Bestimmungen. Eine klare Mehrheit der MS sprach sich dafür aus, im Juni eine pAA zu erzielen.

Zu den vier aus VS-Sicht offenen Themen hoben MS insbesondere folgende Punkte hervor: (1) Strategische Prioritätensetzung: MS betonten erneut die Notwendigkeit einer frühzeitigen Einbindung der MS sowie einer kohärenten Abstimmung zwischen HEU und dem ECF. (2) Europäische Partnerschaften: Auch hierzu wurde die Einbindung der MS (in die Erarbeitung des Portfolios) betont. Das geplante Central Financial Management (CFM)

wurde von mehreren MS kritisch, teilweise auch ablehnend bewertet. Es bedürfe weiterer Klarstellungen, insbesondere zur Gewährleistung der Vereinbarkeit mit nationalen Regelungen. (3) Widening: Die Widening-Bestimmungen stellen den größten Knackpunkt auf dem Weg zu einer pAA dar. Diskutiert wurde etwa die Frage, ob Widening als horizontales Prinzip verankert werden soll. Der explizite Ruf, die Klammerung der Widening-Bestimmungen vollständig aufzuheben, war von SK (+PL, CZ) zu hören. HU (+SK, PL, CZ, MT) verwies auf das gemeinsame Positionspapier der zwölf Widening-MS und bat, dieses zu berücksichtigen. (4) Bottom-up kollaborative F&I in Säule II: Mehrere MS äußerten sich kritisch zum Vorschlag von FR und PL zur Einrichtung kollaborativer Netzwerke von Exzellenzzentren. Dabei wurde v.a. die Notwendigkeit betont, Doppelungen mit bestehenden Instrumenten zu vermeiden. An weiteren Themen wurde insbesondere die Verteidigungsforschung adressiert: Mehrere MS haben sich explizit dafür ausgesprochen, dass mit Mitteln aus dem European Innovation Council (EIC) auch reine Verteidigungsforschung finanziert wird. AT, ES und SI sind hingegen weiter dafür, reine Verteidigungsforschung nur aus dem ECF zu finanzieren.

FBM Holzleitner dankte dem VS für die unermüdliche Arbeit und sicherte weiterhin Unterstützung zu, um im Juni eine pAA zu erreichen. Zur strategischen Prioritätensetzung betonte sie, der Prozess solle schlank, effizient und wirksam sein. Zu den Europäischen Partnerschaften sei aus AT-Sicht entscheidend, möglichst viele Mittel in kollaborative Projekte zu investieren. Zu Widening zeigte sich AT zuversichtlich, dass innerhalb von Säule IV von HEU geeignete Lösungen gefunden werden. Im Bereich der bottom-up kollaborativen Forschung konstatierte AT zum Vorschlag von FR und PL vertieften Diskussionsbedarf. Abschließend bekräftigte FBM Holzleitner einen für AT zentralen Punkt: Rein verteidigungsbezogene F&I-Projekte sollten vollständig aus dem ECF-Budget und nicht aus HEU finanziert werden. AT hoffe, dass hierzu im Juni ein ausgewogener Kompromiss erzielt werden könne. Der VS bekräftigte abschließend, die Annahme einer pAA im Juni erreichen zu wollen.

Der nächste TOP war der Empfehlung des Rates über einen Rahmen der EU für Wissenschaftsdiplomatie gewidmet. Mehrere MS, darunter AT, meldeten sich unterstützend zu Wort. DE lud EK und Science Attachés zu einer Konferenz am 24. November in Berlin ein.

AT/FBM Holzleitner betonte, angesichts des zunehmenden Drucks auf Multilateralismus, Demokratie, akademische Freiheit und regelbasierte Zusammenarbeit würden globale Herausforderungen wie der Klimawandel, Gesundheitsbedrohungen und neue Technologien gemeinsame, auf wissenschaftlicher Evidenz beruhende Antworten

erfordern. Wissenschaftsdiplomatie trage dazu bei, Vertrauen aufzubauen sowie Frieden zu fördern und zu sichern. Sie könne den Dialog offenhalten und gemeinsame Werte und Interessen verteidigen. Erforderlich sei ein echter „Team Europe“-Ansatz mit koordiniertem Handeln, gegenseitigem Lernen sowie starken Verbindungen zwischen Forschung, Innovation, Hochschulbildung und Außenpolitik. AT werde sich bei der künftigen nationalen Politikgestaltung an der RE orientieren und unterstütze deren Annahme als wichtigen Schritt hin zu einem kohärenteren, strategischeren und wirkungsvolleren europäischen Ansatz.

Unter dem Punkt Sonstiges informierte der VS über den 2026 Nicosia Call for Climate Action, der auf die Förderung und Stärkung der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen im östlichen Mittelmeerraum und im Nahen Osten durch regionale Zusammenarbeit sowie durch Wissenschaft und Innovation abziele. Diese Regionen seien in besonderem Maße von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen, daher sei eine ehrgeizige gemeinsame Reaktion erforderlich. Der VS habe dazu im April eine internationale Konferenz organisiert, die Grundlage für den Appell sei.

Abschließend gab IE einen Ausblick auf das Arbeitsprogramm seines kommenden VS. Im Bereich F&I liege der Fokus auf den weiteren Arbeiten am HEU-Paket, dem European Innovation Package und dem European Research Area (ERA) Act. Das informelle Treffen findet am 20./21. Juli in IE statt, die formellen COMPET-Räte (Forschung) sind am 25. September und 4. Dezember in Brüssel geplant.

- Rat Wettbewerbsfähigkeit, Teil Raumfahrt, 29. Mai 2026

Im Teil Raumfahrt wurde Österreich durch den stellvertretenden Ständigen Vertreter, Botschafter Dr. Franz Wirtenberger vertreten. Die EK war durch KM Andrius Kubilius vertreten, unterstützt von GD Timo Pesonen (DG DEFIS). Den Vorsitz führte der stellvertretende Minister für Forschung, Innovation und digitale Politik aus Zypern, Nicodemos Damianou.

Zur Verordnung über die Sicherheit, Resilienz und Nachhaltigkeit von Weltraumtätigkeiten in der Union (EU-Weltraum-Rechtsakt) stellte der VS einen Fortschrittsbericht vor. Die Arbeiten werden unter dem kommenden VS fortgesetzt, um offene Punkte wie Anwendungsbereich, Governance und Regelungen für Drittstaaten abzustimmen.

Unter dem folgenden Tagesordnungspunkt fand ein Gedankenaustausch zum Thema „Weltraum für wirtschaftliche Sicherheit“ statt. Entlang vorab kommunizierter

Diskussionsfragen wurde die Bedeutung von Weltraumkapazitäten, -daten und -diensten für die Wettbewerbsfähigkeit und Krisenresilienz Europas diskutiert. Ferner wurden Kompatibilität und Synergiepotenziale von zivilen und kommerziellen Dimensionen von Weltraumpolitik zur Zielsetzung der wirtschaftlichen Sicherheit erörtert.

In der Tischrunde betonten die MS die strategische Bedeutung von Weltraumpolitik. Vor dem Hintergrund zunehmender geopolitischer Unsicherheiten seien weltraumbasierte Daten und Dienste essenziell für die Unabhängigkeit und Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft. Der Schutz von kritischer Weltrauminfrastruktur sei absolut prioritär. AT unterstrich diese Punkte gesamthaltlich, strich die Abhängigkeit vieler Systeme im Strom-/Verkehrsbereich von Weltraumdaten hervor und verwies auf die kürzlich verabschiedete Industriestrategie zur Förderung der Weltraumpolitik. Darüber hinaus pochte AT auf eine transparente und effektive Arbeitsteilung zwischen EU, die strategische Prioritäten und Rahmenbedingungen setzen solle, der ESA, deren technologische Exzellenz bei Entwicklung und Umsetzung unterstützt, und eng miteinander kooperierenden MS. Abschließend forderte AT die EK auf, ihre Anstrengungen im Hinblick auf die breite Anwendung weltraumbasierter Daten in unterschiedlichen Politikbereichen zu verstärken.

Unter „Sonstiges“ stellte der kommende irische VS sein Arbeitsprogramm vor. Als übergeordnete Prioritäten nannte IE die Wettbewerbsfähigkeit, die EU-Werte und die Sicherheit. IE werde die Arbeiten zum EU-Weltraumgesetz, zur EUSPA-VO sowie zum Weltraum-Teil der ECF-VO vorantreiben. Für 4. Dezember ist der nächste Rat Wettbewerbsfähigkeit (inkl. Raumfahrt) in Brüssel avisiert. Anschließend informierte der amtierende VS über die weltraumrelevanten Kapitel des Europäischen Fonds für Wettbewerbsfähigkeit (ECF). Die Arbeiten seien so weit fortgeschritten, dass man eine partielle Allgemeine Ausrichtung beim RAA im Juni erzielen könne.

FR stellte das Programm des internationalen Weltraumgipfels am 9./10. September 2026 in Paris vor. Im Zentrum stünden globale Herausforderungen des Weltraumsektors im Zusammenhang mit technologischen, wirtschaftlichen und strategischen Veränderungen. Abschließend informierte der ESA-GD Josef Aschbacher über das European Resilience from Space (ERS) Programme. Ziel sei, die grenzüberschreitende Vernetzung von Daten und Diensten der Weltraumbeobachtung zu verbessern. Konstruktive Zusammenarbeit zwischen den MS sei etwa in Krisensituationen unumgänglich.

Wir stellen daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

16. Oktober 2026

Eva-Maria Holzleitner, BSc
Bundesministerin

Mag. Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer
Bundesminister

KR Peter Hanke
Bundesminister